Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

272 (21.11.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 272. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 21. November 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Gesetzentwurf über die Berufsvereine.

Genosse Abg. Heine schreibt in der Neuen Gesellschaft:

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend gewerbliche Berufsvereine, der nach mehr als zehnjährigen Vorarbeiten endlich dem Reichstag vorgelegt worden ist, beweist von neuem die Unfruchtbarkeit einer Regierungspolitik, die nicht von der einheitlichen Ueberzeugung einer großen Partei getragen wird, sondern nach allen Richtungen Rücksicht nehmen will und muß. Hier lag eine Materie vor, deren Wichtigkeit für das öffentliche Leben auf allen Seiten eingesehen wird, und deren Neuregelung so dringend ist als möglich. Die öffentliche Meinung in sozialpolitisch interessierten Kreisen, die sich neuerdings besonders für Tarifverträge erwärmt, verlangte das Gesetz hauptsächlich, um für diese eine juristische Grundlage zu schaffen. Dies wäre um so nötiger, als die Rechtsprechung des Reichsgerichts derartigen Vereinbarungen, die auf eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einem ganzen Gewerbe hinwirken wollen, geradezu feindlich gegenübersteht. Das Koalitionsrecht der Arbeiter und zugleich ihre tariflichen Abmachungen mit den Unternehmern sind durch neuerliche absurde Auslegungen der Strafandrohungen der Gewerbeordnung wieder in Frage gestellt. Eine ebenfalls der Regelung bedürftige neue Gestalt des gewerblichen Lebens sind die Gewerkschaftskartelle, die noch immer juristisch in der Luft schweben, und deren gesetzliche Behandlung von Tag zu Tag dringlicher wird. Noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle, wahrlich reizvoll genug für eine tatkräftige gesetzgeberische Aktion, drängte sich auf; an alle diese Fragen rührt der Gesetzentwurf nicht.

Das beste an dem Entwurf, der angeblich den Berufsvereinen der Arbeiter eine wirksame Besserung ihrer Lage bringen soll, ist, daß die Arbeitervereine nicht gezwungen sind, von seinen Segnungen Gebrauch zu machen. Sie sollen das Recht erhalten, aber nicht gezwungen sein, sich die Stellung juristischer Personen durch Eintragung ins Vereinsregister zu verschaffen, die ihnen das Bürgerliche Gesetzbuch verschlossen ist, weil der Polizeibehörde ein Widerspruchsrecht gegen die Eintragung aller Vereine hat, die sozialpolitische oder politische Zwecke verfolgen. Dies Widerspruchsrecht soll der Polizeibehörde nun genommen werden, wenn die Vereine im übrigen den Anforderungen des Gesetzes entsprechen.

Es soll anerkannt werden, daß den Berufsvereinen, die nach diesem Gesetz die Rechtsfähigkeit nachsuchen erlangen würden, gewisse Freiheiten in Aussicht gestellt sind, die gegenüber dem Vereinsrecht einiger Bundesstaaten eine Verbesserung bedeuten würden. Dies betrifft namentlich die Zulassung von minderjährigen Personen über sechzehn Jahre und Frauen zu den Versammlungen des Vereins, die z. B. in Sachsen, Bayern und dem Reichslanden, teilweise auch in Preußen erschwert ist. Dies ist aber auch ziemlich alles. Es sollen die Vereine Kontrollbestimmungen unterworfen werden, die viel größere Störungen verursachen, als jene kleinen Vorteile wert sein würden, und die für die Bundesstaaten eine völlig neue Einschränkung des Vereinsrechts bedeuten. Darüber später.

Dessen sollen auch die wirklichen Vorteile des Gesetzes keineswegs allen Berufsvereinen zugute kommen, sondern ist der Kreis so beschränkt, daß nach meiner Auffassung sämtliche Gewerkschaften, nicht bloß die freien, sondern auch die sogenannten christlichen, die Hirsch-Dunckerschen, selbstverständlich die polnisch-nationalen Eintragung und der Erlangung der Rechtsfähigkeit ausgeschlossen sind, oder daß sie doch jederzeit nach Belieben der Behörden mit Hilfe einer Auslegung, die nicht einmal gesetzwidrig nennen dürfte, davon ausgeschlossen werden können.

Ausdrücklich ausgeschlossen von dem Gesetz sollen zunächst alle Berufe sein, die nicht unter die Gewerbeordnung fallen, also Eisenbahner, einschließlich der Arbeiter in Eisenbahnwerkstätten, Seeschiffer, Fischer, Apothekengehilfen, Rechtsanwaltsgehilfen, Landarbeiter usw.

Im übrigen sollen die Eintragung erlangen dürfen Vereine, deren Zweck nur auf die Wahrung und Förderung mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung ihrer Mitglieder gerichtet ist. Unterstützungsvereine haben einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gesetzlich sind wieder ausgenommen und fallen unter das Vereinsgesetz. Welche Interessen „unmittelbar" zum „Berufe" der Mitglieder in Verbindung stehen, ist eine der Auslegung. Die Motive sprechen nicht nur von materiellen, sondern auch von geistigen Interessen und heißen eine loyale Handhabung dieser Bestimmung gut. Aber wir sind daran gewöhnt, daß Vorschriften dieser Art später von der Praxis nicht eng gemacht werden. Jedenfalls ist so viel bereits klar: die Gewerkschaft die Bildung ihrer Mitglieder auf dem als rein „gewerblichem" Gebiet zu heben, so wird der Anwendung des neuen Gesetzes ausgeschlossen. Nun gibt es aber kaum eine Gewerkschaft, die auch allgemeine Bildungszwecke verfolgte, und zu diesen Kulturbestrebungen liegt nicht der unwesentlichste Teil der Gewerkschaftsbewegung, so daß sie sich degradieren würde, wenn sie darauf verzichtete.

Bei der Stellungnahme zu politischen Problemen allgemeinen Charakters können die Gewerkschaften sich erst recht nicht auf die ausschließlich und unmittelbar ihr Gewerbe betreffenden Punkte beschränken. Man denke an Gesetze, die das gewerbliche Leben betreffen, wie das Zuchthausgesetz, die Zollgesetzgebung und dergl. Die Motive verraten deutlich, daß aber Aengstlichkeit man grade die politische Betätigung der Berufsvereine einengen will. Daß die Praxis darin eher noch weiter gehen würde, ist unzweifelhaft.

Wenn aber wirklich ein Verein sich allen Bedingungen unterwerfen wollte, um die Eintragung zu erlangen, so droht ihm eine Kontrolle, die jede freie Betätigung lahmlegen muß. Die Rechtsfähigkeit kann ihm entzogen werden, wenn er Zwecke verfolgt, die der eingeschränkten Wirksamkeit solcher Vereine versagt bleiben sollen. Wenn z. B. eine eingetragene Gewerkschaft aus ihren Mitteln einen Streik eines anderen Berufes unterstützte, würde ihr die Rechtsfähigkeit entzogen werden können. Auch einzelnen Mitgliedern soll ein Klagerecht in solchen Fällen zustehen. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit wird aber auch angedroht, wenn die Gewerkschaft unter ihren eigenen Mitgliedern einen Ausstand herbeiführt oder fördert, der geeignet ist, die Sicherheit des Reichs oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen, oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Damit könnten in erster Reihe alle größeren Bergarbeiterstreiks unmöglich gemacht werden, ebenso alle Ausstände in elektrischen Werken, Gaswerken und dergl.

Die Anmeldungsvorschriften, die bisher in vielen Bundesstaaten bestanden, sollen in einer Weise geändert werden, die lediglich eine Erleichterung für die Polizei bedeutet. Die täglich massenhaft einlaufenden Anzeigen von neu eintretenden und austretenden Mitgliedern, die für die Polizei nur eine Plage bedeuteten, sollen wegfallen, dafür soll aber der Verein ein Register nach Vorschrift des Bundesstaates führen, in das die Polizei jederzeit Einblick nehmen kann. Bequemer kann man es der Polizei nicht machen. Dadurch sollen die Gewerkschaftsmitglieder auch dort unter polizeiliche Kontrolle gestellt werden, wo sie, wie bisher in Württemberg, ihr nicht unterworfen waren. Bekanntlich kommen fortgesetzt neue Fälle vor, in denen die Polizei ihre Kenntnis der Mitgliederverzeichnisse benützt, um die Arbeitgeber über ihre Arbeiter zu informieren, und die gewerkschaftlich Organisierten aus dem Brot zu bringen.

Was bedeutet nun die Rechtsfähigkeit selbst, für die die Gewerkschaften so große Opfer bringen sollen? Die Hauptsache ist, daß § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die eingetragenen Gewerkschaften Anwendung finden würde. Darnach würden die Gewerkschaften mit ihrem Vermögen für den Schaden haften, den ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt. Das Verbandsvermögen würde auch haftbar gemacht werden können für Schadensansprüche, die irgend welche von der Gewerkschaft zu besonderen Zwecken bestellte Mitglieder in Ausführung ihres Auftrages verursachen. (§ 831 BGB.)

Wenn man sich klar macht, daß die heutige Rechtsprechung in unentbehrlichen und loyalen Mitteln der Ausübung des Koalitionsrechts, in der Ankündigung von Streiks, in Sperren, ja in ganz friedlichen Verhandlungen über Lohnerhöhungen oder Einstellung von Arbeitern Handlungen gesehen hat, die „gegen die guten Sitten verstoßen" und deshalb zum Schadenersatz verpflichten, ja daß sie darin strafbare Delikte der Nötigung und Erpressung erblickt hat, so muß man sich sagen, daß jede Erweiterung der Haftung der Berufsvereine zu deren vollständigem Ruin führen würde, solange das Koalitionsrecht der Arbeiter gegen solche unberechenbare Beeinträchtigungen nicht geschützt ist.

Aus diesem Grunde würden vermutlich sehr wenige Arbeitervereine, die es mit der gewerkschaftlichen Aufgabe ernst meinen, sich auf Grund des neuen Gesetzes eintragen lassen. Auch die christlichen Verbände können es nicht, wenn sie nicht vollkommen auf das Niveau gelber Gewerkschaften herunterfinken wollen. Für solche freilich, für ausgesprochene Streikbrechervereine, ist das Gesetz wie gemacht. Es bietet geradezu einen Anreiz für die Arbeitgeber, solche Vereine zu gründen, sie mit Kapitalvermögen, Vereinshäusern und ähnlichen Schenkungen auszustatten, die Mitglieder an dem Genuß dieser Vergünstigungen zu interessieren, um dann mit Hilfe des behördlichen Aufsichtsrechtes die Vereine vollkommen in der Hand zu haben, die jederzeit mit Auflösung bedroht werden könnten, wenn sie die engen Grenzen des Gesetzes im geringsten überschritten, d. h. wenn sie sich einmal unterfangen wollten, wirklich ernsthaft Arbeiterinteressen zu vertreten.

Die Arbeiterschaft kann deshalb dem Gesetzentwurf nicht gleichgiltig gegenüberstehen, sondern muß ihn entschieden ablehnen, weil er eine Korruption in den Arbeiterkreisen groß zu ziehen geeignet ist.

Die Gewerkschaften werden gern auf solche Rechtsfähigkeit verzichten, sie sind bei dem bisherigen Zustande recht gut ausgekommen. Bei einiger Korrektheit der Geschäftsführung läßt sich das Vermögen der Gewerkschaften vollkommen sichern; auch der Erwerb von Grundeigentum läßt sich durch Treuhänder bewerkstelligen. Zwar wird den Vereinen als solchen bis jetzt nicht gestattet, zu klagen, obgleich hervorragende Juristen ihnen auch dieses Recht zusprechen, und die Praxis möglicherweise mit der Zeit den Bedürfnissen des Verkehrs folgen wird. Aber es geht auch ohne dies. Da die Verbände ihre Forderungen formlos abtreten können, und hierzu je nach der Fassung der Statuten die Unterschrift weniger Vorstandsmitglieder ausreicht, können einzelne Mitglieder mit der Anstrengung notwendiger Klagen beauftragt werden. Diese spielen jedoch in der Verwaltung der Gewerkschaften keine große Rolle.

Die Gewerkschaften haben bewiesen, daß sie, trotz ihrer ungünstigen Rechtsstellung, imstande sind, ihre große kulturelle Mission zu erfüllen. Ihre Unterstützungseinrichtungen funktionieren ausgezeichnet, ihr Verwaltungsapparat arbeitet korrekt, Schritt für Schritt dringen sie vor trotz aller Schikanen und Verfolgungen. Die Tarifverträge, wegen deren man die Rechtsfähigkeit forderte, sind entstanden und haben sich bewährt ohne sie.

Deshalb wird die Sozialdemokratie den Gesetzentwurf ablehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal beschuldigt zu werden, daß sie eine sozialpolitische Wohltat schnöde zurückgewiesen habe.

Politische Uebersicht.

Wie Wilhelm II. regiert.

In der soeben erschienenen Schrift eines höchst „patriotischen" Schwarzsehers, die betitelt ist: „Unser Kaiser und sein Volk. Deutsche Sorgen" ist folgendes zu lesen:

„Mit bewunderungswürdiger Gewandtheit versteht es Bernhard Bülow, die Flut der Anregungen einzudämmen, welche sein hoher Gast mitzubringen pflegt, und schließlich das herauszuschälen, was sich einigermaßen in den Rahmen der inneren und der äußeren Politik einfügen läßt. In stets unterhaltendem Plauderton gibt der Kanzler dem Monarchen einen Extrakt der eingelaufenen Meldungen und Berichte, die knapp kommentiert werden, um, wo es not tut, eine kaiserliche Entscheidung zu provozieren. Fürst Bülow weiß, daß er die Geduld seines hohen Gastes auf keine zu harte Probe stellen darf. Es muß daher eine sehr sorgfältige Auswahl aus dem täglich sich in dem Kanzlerpalais häufenden Material getroffen werden, und wenn Wilhelm II. sich gelegentlich auch einmal in die letzten Details einer Frage vertieft, so ist man doch gemeinhin, wie die Dinge nun einmal liegen, in der Wilhelmstraße gar nicht in der Lage, den Kaiser eingehender und umfassender zu orientieren, als die „Fähigkeiten der Stunde" es gebieterisch heischen. Im allgemeinen vermögen die oft recht nüchternen Einzelheiten der Regierungstätigkeit den Kaiser nicht lange zu fesseln. Er ist stets bereit, in das weite Feld allgemeiner Erörterungen auszubrechen, wo er dann rasch die Erdenschwere des Konkreten abstreift und auf den Flügeln der Phantasie dahinstürmt, froh, vor aller informatorischen Kleinarbeit geborgen zu sein. . . .

Wilhelm II. ist durchaus kein guter Zuhörer. Wohl mag er die ehrliche Absicht haben, zuzulernen, aber der Drang, zu erobern, zu bezwingen, die eigene Persönlichkeit auf andere wirken zu lassen, ist ihm von jeher so stark gewesen, daß seine Räte sehr selten zur Absolvierung eines Vortrages, seine Gäste fast nie zu einer ergiebigen Diskussion mit dem kaiserlichen Herrn kommen. Oft ist der Vortragende noch nicht beim dritten Satz angelangt, da nimmt der Kaiser selbst das Wort, entwickelt seine eigenen Ansichten über die Materie, die er stets völlig zu beherrschen glaubt, fragt nur, um fast im gleichen Moment selbst zu antworten, kommt, rasch überspringend, leicht vom Hundertsten ins Tausendste und hat nach Ablauf der festgesetzten Zeit meist dem Vortragenden eine höchst anregende Stunde bereitet, ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit benommen, seiner Informationspflicht zu genügen, eine eigene Meinung zu entwickeln.

Wer dem Gedankenfluß des Kaisers nicht folgt, wer, wie einer unserer tüchtigsten Staatssekretäre (gemeint ist Posadowsky. Red. d. Volksfr.), hartnäckig bei der Stange bleibt und mit einer gewissen Pedanterie immer wieder auf sein Thema zurückzukommen versucht, der gerät beim Kaiser leicht in den Ruf eines „langweiligen Kumpans", eines „ledernen Bureaukraten". Er kann es erleben, daß er monatelang überhaupt nicht mehr zum Vortrag befohlen wird, daß ihn der Kaiser dann schließlich einmal zwar resigniert zu Worte kommen läßt, ohne aber viel hinzuhören. Wilhelm II. gibt sich in solchen Fällen übrigens keineswegs viel Mühe, seine Teilnahmlosigkeit zu verbergen. Er pflegt, an die Wand gelehnt, mit seinen Teckeln zu spielen, jagt sie gelegentlich im Zimmer herum und kommt erst wieder in Laune, wenn die Köter dem „Pedanten" solange zwischen den Beinen durchgelaufen sind, bis er schließlich, nervös und verwirrt, selbst den Faden verloren hat, worauf er dann allerdings meist ein joviales „Trostwort" des Monarchen mit auf den Heimweg nehmen darf."

Wir enthalten uns aus leicht begreiflichen Gründen jeden Kommentars zu dieser Darstellung eines offenbar gut Orientierten.

Badische Politik.

Justiz und Leben.

Unter dieser Stichmarke bringt unser Mannheimer Parteiorgan Volksstimme in seiner Samstagsnummer einen Artikel, der sich mit einem Urteil der Mannheimer Strafkammer befaßt, das in seiner tragischen, herzerschütternden Wirkung zugleich zu einem Verdammungsurteil unserer ganzen deutschen Rechtspflege und Justiz wird. Der Wortlaut ist folgender:

Unter Weinen und Schluchzen erschien vorgestern auf der Redaktion unseres Blattes ein Arbeiterweib, dem die bittere Not aus den dünnen Fetzen sah, mit der der abgehärmte Leib bedeckt war. Sie habe eben, erzählte sie, vor der Strafkammer drei Monate Gefängnis bekommen, weil sie auf den Zufahrtsgleisen eines großen Kohlenlagers einen Korb voll verzettelte Kohlen zusammenlas, und wir möchten ihren Namen durch die Zeitung doch nicht der Oeffentlichkeit preisgeben. Sie habe geglaubt, mit höchstens acht Tagen davon zu kommen, und selbst der Schutzmann, der sie angezeigt hatte und vor Gericht als Belastungszeuge auftrat, habe ihr nach der Verhandlung seine Bestürzung ausgesprochen über die Höhe der Strafe, die man über sie verhängte. Kurz darauf lief bei uns tatsächlich auch der folgende, die Angaben der Frau bestätigende Bericht unseres Gerichtsreferenten ein:

Wieder drei Monate wegen Kohlenstoppelns. Eine kleine Quantität Kohlen im Werte von 70 Pf. las eine Frau auf dem Bahngleis der Firma Raab, Karcher u. Co. zusammen. Die Strafkammer betrachtet diese herumliegenden Kohlen nicht etwa als herrenloses Gut, dann wäre ja die Frau freizusprechen, nein, sie hat ein so schweres Verbrechen begangen, daß sie — es klingt geradezu ungeheuerlich — auf drei Monate ins Gefängnis wandern muß, denn sie ist rückfällig. Von Rechtswegen!

Den ganzen kommenden Winter wird also das arme Weib im Gefängnis zubringen müssen, weil sie einer millionenreichen Handelsfirma für ganze sieben Groschen von den Waggons gefallener Kohlen „entwendete", um die sich kein Mensch mehr gekümmert hätte! Der Buchstabe des Gesetzes fragt nicht nach dem Wie und Warum der Tat, er kennt nicht den mildernden Umstand oder gar den Strafausschließungsgrund: zwingende Not. Der Ernährer der Familie der verurteilten Frau, ein Taglöhner bei einem größeren Industrieunternehmen, lag, wie wir feststellten, zurzeit des „Verbrechens" seiner Ehehälfte arbeitsunfähig darnieder: ein Eisensplitter war ihm bei der Arbeit ins Auge gedrungen und hatte ihn für längere Zeit zu unfreiwilliger Untätigkeit verdammt. Mit 15 Mark Krankengeld pro Woche sollte die Familie leben, Vater, Mutter, drei unerwachsene Kinder im Alter von 2 bis 9 Jahren, zu denen etwa vier Wochen vor der Tat ein viertes gekommen war, zusammen also sechs Personen, macht pro Kopf und Tag sage und schreibe 36 Pf. — für Lebensunterhalt, Kleidung, Wohnung 2c.! Die Frau aber, die in dieser Not hinging, ein Körbchen verzettelter Kohlen aufzulesen, um Feuer in den Herd zu bekommen, sie wird auf ein Vierteljahr der Familie entrissen, und der Säugling und die anderen kleinen Würmer werden diese Zeit über ohne mütterliche, ja wohl ganz ohne Pflege sein; denn der Mann muß ja von morgens früh bis in die Nacht zur Arbeit, um das Nötigste für sich und die vier hungrigen Schnäbel aufzubringen!

Freilich, die „Verbrecherin" hätte sich der Folgen ihrer Tat bewußt sein müssen; ist sie doch wegen einer ähnlichen Sache bereits einmal, wenn auch nur gering, vorbestraft! Sie hätte wissen müssen, daß die Heiligkeit des Eigentums verletzlich ist, und daß jeder unbarmherzig hinter Gefängnismauern kommt, der sich daran vergreift, vorausgesetzt natürlich, daß er nicht — den oberen Zehntausend zugehört, bei denen es keinen Diebstahl gibt, die vielmehr, wenn sie sich an fremdem Eigentum vergreifen, „krankhaft veranlagt" sind und deshalb straflos bleiben. Die reiche Dame, die in allen Hotels der Welt Silberzeug zusammenstiehlt, bleibt straflos, weil die Herren „Sachverständigen" sie für kleptomanisch erklären, das arme Proletarierweib aber, das in der Not einige Hände voll herrenloser Kohlen zusammenliest, wird auf lange Monate in den Kerker geworfen! In der Tat eine herrliche Weltordnung!

Die demagogische Hetze,

die jetzt allenthalben von den Zentrumsagitatoren im Lande entfaltet wird, scheint, nach einer Meldung der Rhein. Korresp., auch bei der Regierung unangenehm berührt zu haben. Die genannte Korrespondenz meldet, daß die Regierung beabsichtige, „den maßlosen Angriffen katholischer Geistlicher gegen die Minister, einzelne Behörden und Beamten nicht mehr länger ruhig zuzusehen, sondern energische Maßregeln dagegen zu ergreifen. Die Entscheidung darüber dürfte erfolgen, sobald Herr Staatsminister v. Dusch von seiner Erkältung wieder hergestellt ist und dem Großherzog Vortrag erstatten kann. Es steht insbesondere zu erwarten, daß gegen den Geistlichen Rat Wacker wegen Beamtenbeleidigung Strafantrag gestellt wird."

Mit Beleidigungsprozessen ist gegen die demagogische Hetze der Zentrumschriften nichts auszurichten. Wer diesem Treiben der schwarzen Demagogen entgegenwirken will, muß selbst zum Volke sprechen. Die Nationalliberalen aber legen sich auf die Bärenhaut und schauen dem Treiben der Zentrümler ruhig zu. Hinterher wundern sie sich dann, wenn das Zentrum so viel Stimmen aufbringt. Was haben denn die nationalliberalen Parteibonzen seit Schluß des Landtags getan? Nichts, aber rein garnichts. Derweilen wühlen die Apostel der Waldmichelpartei gerade in den Wahlkreisen, die bei der letzten Wahl von den Nationalliberalen mit knapper Mühe noch behauptet wurden. Die Linksliberalen halten alle paar Wochen einmal eine Versammlung ab. Dazu kommt dann noch die selbstmörderische Politik der Nationalliberalen, die sich in Wahlrechtsfragen vom Zentrum in den Schatten stellen lassen. Ist es da ein Wunder, wenn der Weizen des Zentrums blüht? Wann endlich werden die liberalen Wähler mit den kommoden Herren, die heute die nationalliberale Partei leiten und dem Verderben entgegenführen, aufräumen? Was nützt die Blockpolitik, wenn hinterher die größten politischen Dummheiten gemacht werden?

Die Beleidigungsprozesse der Regierung nützen den Nationalliberalen nichts, garnichts. Sie liefern nur den Zentrumsdemagogen frisches Wasser auf die Mühlen. Man kläre das Volk politisch auf, befolge eine wirklich liberale Politik und das Zentrum wird sehr bald seine Segel streichen müssen. Alles andere schadet dem Fortschritt und nützt der Reaktion.

Zentrumstaktik.

Aus Offenburg schreibt man uns: Was das Zentrum seinen Getreuen alles bieten kann, beweisen folgende Auslassungen der Offenburger Zeitung über die von Genossen Weißmann abgehaltene Versammlung in Zell a. H. Es behauptet u. a., daß in England, in der Schweiz und in Oesterreich gleich hohe Fleischpreise bestehen, wie in Deutschland. Auch seien die hohen Fleischpreise keine Folge der Absperrungspolitik, sondern der Zunahme des Fleischkonsums, während Abgeordneter Schüler in Gengenbach behauptete, eine Fleischnot bestehe nicht, sondern nur Fleischverteuerung. Gröbere Fälschungen kann man wohl nicht begehen. Es ist eine handgreifliche Unwahrheit, daß in genannten Ländern gleich hohe Fleischpreise bestehen, wie bei uns.

Der christliche Badische Eisenbahner, der in derselben Druckerei hergestellt wird, wie der Badische Beobachter, schrieb neulich: Die an der Grenze wohnenden Arbeiter empfinden es bitter, daß das

Fleisch und andere Lebensmittel jenseits der deutschen Grenzen erheblich billiger ist. Das hindert aber die „wahrheitsliebende" Zentrumspresse nicht, immer und immer wieder mit der Lüge vom teuren Fleisch im Ausland krebsen zu gehen. Wie frech die Zentrumspresse lügt und wie sie das Volk verhöhnt, geht aus der Behauptung hervor, der Fleischkonsum habe zugenommen und daraus resultiere die Fleischverteuerung. Alle Städte konstatieren eine Abnahme des Fleischkonsums, die Zentrumspresse aber fälscht in gewissenloser Weise die Tatsachen ins Gegenteil um. Wenn Herr Schüler behauptet, eine Fleischnot bestehe nicht, sondern nur eine Fleischverteuerung, so ist auch diese Behauptung längst widerlegt. Aber so machen es die frommen Zentrumschristen, sie rechnen dabei auf die politische Unzurechnungsfähigkeit ihres Publikums, das vor lauter religiösem Fanatismus das ruhige Denken verlernt hat. Wenn durch etwas die geistige Versklavung gekennzeichnet werden kann, die der Klerikalismus erstrebt, so durch das Verhalten der Zentrumswähler gegenüber der Lebensmittelverteuerung. Buchstäblich ist das eingetroffen, was die Sozialdemokratie bei der Zolltarifkampagne prophezeit hat. Alles Lügen und Verleumden über die Sozialdemokratie ändert an dieser Tatsache nichts. Das Zentrum wird vom bösen Gewissen und von der Angst geplagt, das Volk könne mit der schwarzen „Volkspartei" bei den nächsten Wahlen gründlich abrechnen. Deshalb wird gelogen, was das Zeug hält. Lügen haben aber kurze Beine und lange wird das Zentrum mit seiner Schwindelpolitik das Volk nicht mehr betören. Die Reaktion auf den Lebensmittelwucher bleibt nicht aus.

Die Gefahr der Einführung der Schiffahrtsabgaben

wird immer größer. Der neue Finanzminister gilt als Anhänger dieser Abgaben. Mit Protestresolutionen ist da nicht viel zu machen. Die volkswirtschaftlich irrationelle Finanzpolitik der badischen Regierung treibt diese immer weiter abwärts auf der schiefen Ebene. Die Regierung braucht immer mehr Geld und sie nimmt es von wo sie es bekommt, muß es nehmen, auch von der Rheinschiffahrt, wenn mit dieser Finanzpolitik fortgewurstelt wird. Die Nationalliberalen haben auch in dieser Frage zu spät ihre Fehler eingesehen. Wer dem Teufel den kleinen Finger reicht, dem nimmt er die ganze Hand. Die Nationalliberalen und die badische Regierung haben den Agrariern so viel Konzessionen gemacht, daß sie schließlich auch die Schiffahrtsabgaben noch mit in Kauf nehmen. Lange kann ja diese verrückte Politik nicht mehr fortgesetzt werden, denn sie bedeutet für unsere Volkswirtschaft, für Handel und Industrie, namentlich in Süddeutschland, Tod und Verderben. Aber der Schaden hätte vermieden werden können, wenn die Nationalliberalen keine so jämmerliche, politisch ziel- und prinzipienlose Gesellschaft wären. Die Abrechnung des deutschen Volkes mit dieser Politik kommt und sie wird in erster Linie die Nationalliberalen treffen.

Deutsche Politik.

Politik in der Armee.

Im 18. Armeekorps, dessen Kommando seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat, soll ein „sozialpolitischer Unterricht" fortan in die Instruktionsthemata der Mannschaften durch die Offiziere gehören. Ein besonderer Leitfaden: Ueberblick über die sozialreformerische Gesetzgebung in Deutschland, soll den dozierenden Leutnants die wissenschaftliche Beherrschung der Materie beibringen.

Wenn unter den „Kerls", die diesen famosen Unterricht genießen, ein nur halbwegs intelligenter Sozialdemokrat ist, kann er den „belehrenden" Leutnant mit Kreuz- und Querfragen so in die Enge treiben, daß ihm Mund und Nase offen stehen.

145 Fälle von Mißhandlungen.

Wegen Soldatenmißhandlung war unlängst der jetzige Sergeant Ollenburg vom Gericht der 84. Division zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es wurden ihm nach dem Bericht der Metzer Zeitung 145 Fälle von Mißhandlungen und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener nachgewiesen, außerdem Verhinderung dienstlicher Meldungen durch Drohung. Die Mißhandlungen waren dadurch ans Tageslicht gekommen, daß ein Rekrut vom 4. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 67 in Metz desertiert war und nach seiner Wiederergreifung als Grund für seine Fahnenflucht die Quälereien des Unteroffiziers Ollenburg angab. Gegen das Urteil des Kriegsgerichts hat nun Ollenburg Berufung beim Oberkriegsgericht eingelegt. Die Verhandlungen entrollten ein grauenhaftes Bild. Wiederholt stieß er z. B. die Leute halbe Stunden lang unter den Betten herumkriechen und schlug mit Fäusten unter sie, wo er gerade hintraf. Seine „Lieblinge" mißhandelte er in und außer Dienst, indem er sie mit Füßen trat, bis sie umfielen, worauf er seine Mißhandlungen auf ihnen kniend fortsetzte. Auch schlug er mit der Säbelscheide. Einen Mann jagte er im Winter an drei Tagen je fünfmal aus dem Bett und im Hemd auf den kalten Flur hinaus. Die Berufung wurde verworfen.

Der gemeingefährliche Soldatenschinder hat sich also einer Täuschung hingegeben, wenn er glaubte, man werde ihm die gelinde Strafe für seine Quälereien noch herabsetzen.

Aus der Partei.

3. Kreis. Kommenden Samstag und Sonntag finden abermals eine Anzahl Volksversammlungen zum Protest gegen die gegenwärtige Reichspolitik und Lebensmittelteuerung, und zwar wie folgt statt: Im Rheintale: Samstag den 24. November, abends 8 Uhr, im Oberrheinischen Hof in Badisch-Rheinfelden; Sonntag den 25. November, nachmittags 3 Uhr, im Hirschen in Murg, abends 8 Uhr in der Goldenen Laus in Säckingen. In diesen drei Versammlungen spricht Genosse Landtagsabgeordneter Georg Pfeiffle aus Mannheim.

Im Wiesental sind die Versammlungen folgendermaßen: Samstag den 24. November, abends halb 9 Uhr, in der Schiffländе in Zell; Sonntag den 25. November, nachmittags 2 Uhr, in der Brauerei Winterhalter im Hammer (und zwar für Fahrnau, da es dort nicht möglich ist, ein Lokal zu bekommen); abends 7 Uhr im Wiesentäler Hof in Maulburg. In diesen Versammlungen spricht Genosse Redakteur Weißmann-Karlsruhe. Wir ersuchen die Parteigenossen und Volksfreundleser, so zu agitieren, daß die Versammlungen überfüllt sind.

Redakteur Emil Hauth von der Mannheimer Volksstimme ist am Montag Vormittag auf Anordnung der Militärbehörde vorläufig festgenommen worden. Der Polizeibericht gibt als Grund dieser Maßnahme „Fahnenflucht" an. Diese Darstellung ist, wie die Volksstimme bemerkt, insofern unrichtig, als Hauth im Jahre 1893 in Baden seiner Militärpflicht — er war damals im badischen Schuldienst — genügte, später aber, nachdem er seine Stellung aufgegeben, in die Schweiz auswanderte, um dort volkswirtschaftlichen und literarischen Studien obzuliegen. Soviel uns bekannt, erhielt Hauth nach Zürich, wo er sich niedergelassen, im Jahre 1894 die Gestellungsordre zu einer militärischen Uebung, der er aus Gründen, die uns nicht bekannt sind, keine Folge leistete. Eine deshalb gegen ihn verfügte Geldstrafe in Höhe von 1000 Mark wurde bezahlt, und Hauth glaubte nun, daß jetzt, nach 12 Jahren, seiner Rückkehr in die Heimat nichts mehr im Wege stehe. In welcher Weise die Militärbehörde gegen Hauth vorzugehen beabsichtigt, vermögen wir nicht zu beurteilen. Von einer nochmaligen Bestrafung Hauths kann jedoch wohl keine Rede sein.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Das Gewerkschaftskartell Baden hat für die Wintermonate Diskussionsabende eingeführt, welche jeden Mittwoch, abends halb 9 Uhr, im Bratwurstglöckle stattfinden. Die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder mögen sich rege an dieser Einrichtung beteiligen. Der Zweck soll sein die mündliche und schriftliche Weiterbildung. Jeder Genosse kann sich an den Diskussionsabenden beteiligen, da dieselben nicht mit Geldausgaben verbunden sind. Es ist kein Trinkzwang und so ist es jedem strebsamen Genossen möglich, sich an den Diskussionsabenden zu beteiligen.

* **Offenburg**, 20. Nov. Die auf nächsten Sonntag vom Kartell anberaumte Volksvorstellung im Stadttheater kann wegen des Buß- und Bettags nicht abgehalten werden. Sie findet jetzt bestimmt am Dienstag, den 27. November, statt

g. Ein christliches Opfer der Nürnberger Streikjustiz. Die vielen Streikprozesse, die sich seit Monaten vor den Nürnberger Gerichten abspielen, werden von den Christlichen wacker ausgeschlachtet und als eklatante Beweise für den „sozialdemokratischen Terrorismus" angeführt. Nun ist aber auch einmal ein Christlicher in die Maschen des § 153 verstrickt worden. Der Maschinist Meier, der Vorstandsmitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes ist, erhielt im Juni den Besuch des christlich organisierten Holzarbeiters Sturm, der ihm mitteilte, daß er in der Braßschen Fabrik, wo damals gestreikt wurde, Arbeit angenommen habe. Meier meinte dazu, wenn Sturm dort arbeite, sei er ja ein Streikbrecher. Sie unterhielten sich lange freundschaftlich, endlich verabschiedete sich Sturm. Nach vielen Wochen entstand zwischen den beiden ein kleiner Konflikt, und nun rannte Sturm zu Gericht, um seinen christlichen Mitbruder zu denunzieren, daß er damals durch die Bezeichnung Streikbrecher ihn zur Niederlegung der Arbeit habe veranlassen wollen. Die Folge war, daß Meier ein Strafmandat auf 10 Tage Haft erhielt, gegen das er Einspruch erhob. Vor Gericht spielte der christliche Denunziant eine überaus klägliche Rolle, aber trotzalledem verurteilte das Schöffengericht den Meier zu einem Tage Haft.

Lohnbewegung in der Seidenindustrie Basel, Basel-Land, Oberelsaß und Oberbaden in Sicht. Am Sonntag, den 18. November, fand in Rheinfelden eine Konferenz von Seidenarbeitern aus den genannten Gebieten statt, die sowohl von Vertretern der Seidenbandweber, wie auch der Seidenstoffweber beschickt war. Es wurde sehr eingehend die Lage in der Seidenindustrie besprochen, in welcher Diskussion sich die Vertreter übereinstimmend dahin aussprachen, daß die Lohnverhältnisse durchaus unzulängliche seien und es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten mit der Hauptforderung, Minimallöhne für die verschiedenen Berufskategorien aufzustellen. Die Aufstellung des Lohntarifs soll durch eine aus Vertretern aller Berufskategorien und aller in Betracht kommenden Bezirke zusammengesetzte Kommission erfolgen

Eingehend beschäftigte sich die Konferenz mit dem Streike in der Gesellschaft für Bandfabrikation in Basel und die daselbst vorgekommene Maßregelung organisierter Arbeiter. Einstimmig beschließt die Versammlung, über dieses Geschäft so lange die Sperre zu verhängen, bis sich dasselbe zu einer anständigen Behandlung der Arbeiter und Respektierung des Vereinsrechtes herbeilasse. Die Arbeiterschaft dieses Geschäftes in Säckingen soll zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Firmeninhaber veranlaßt werden. Die Vorstände des deutschen und schweizerischen Textilarbeiterverbandes wurden mit der Einleitung der hierzu nötigen Schritte beauftragt und diese haben die Erklärung abgegeben, daß sie dieselben sofort in die Hand nehmen wollen.

Deutscher Reichstag.

(122. Sitzung.)

* **Berlin**, 20. November 1906.

Am Bundesratstische Staatssekretär Dr. Graf von Posadowsky.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus ist mäßig besucht.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

Abg. Malkewitz (kons.) erklärt: Der allgemeine Befähigungsnachweis ist ein Teil des Programms der konservativen Partei und wird es so lange bleiben, bis das Ziel erreicht ist, wenn auch eventuell auf anderem Wege. Die gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs riefen in unseren Reihen lebhafte Befriedigung hervor; es sind aber noch manche Punkte der Handwerker übrig, die in der zu erwartenden Vorlage Berücksichtigung finden sollen. Seine Partei werde der Vorlage einstimmig beitreten, ebenso der Resolution der Kommission. So hat sie besondere Beamte für Baukontrolle, gewerbliche Arbeitervertreter für die Kontrolle und Einrichtung von Pflichtfortbildungsschulen für gewerbliche Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeitsburschen und andere, Berechtigung zur Führung des Meistertitels als Vorbedingung für die Lehrlingsausbildung verlangt. Dieser stimme seine Partei ebenfalls bei.

Geh.-Rat Spielhagen erklärt, der vorliegende Entwurf habe für die juristischen Personen ebenfalls Bedeutung; hasten doch diese nach neuen Gerichtsentscheidungen für die Vertreter.

Abg. Frohme (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, wonach das Betreiben des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter, wie der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes zu untersagen ist, wenn Tatsachen vorliegen, welche gröbliche Verstöße aus Mangel technischer Befähigung oder aus Leichtsinn resp. Gewissenlosigkeit resultierende Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst oder gegen die gesetzlichen Polizei- oder berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften oder Arbeiterschutzbestimmungen oder betrügerische Geschäftspraktiken bei der Bauausführung dartun. Außerdem gibt der Antrag im einzelnen eine Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen an. Mit der Einführung des Befähigungsnachweises werden die Mißstände im Baugewerbe nicht im mindesten beseitigt und deswegen werden wir die darauf hinauslaufende Resolution ablehnen. Leider bedeutet auch die Regierungsvorlage trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Regierung einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Befähigungsnachweis. Trotzdem auch der Staatssekretär erklärte, daß er niemals dem allgemeinen Befähigungsnachweis seine Zustimmung geben werde, hat er sich neuerdings doch schon zum kleinen Befähigungsnachweis bekehrt, und so wird es nicht lange mehr dauern, bis wir den allgemeinen Befähigungsnachweis im Handwerk haben, der das Handwerk nicht fördert, sondern auf das schwerste schädigen wird. Nehmen Sie unseren Antrag an, dann werden Sie das moralische Gewicht und die Bedeutung des Gesetzentwurfes in höherem Maße erreichen. Nimmt man es ernstlich mit dem Bauarbeiterschutz und will man aus der Vorlage etwas machen, so ist dies nur möglich durch Annahme unseres Antrages und deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Gamp (Rp.): Die gestrige Erklärung des Staatssekretärs lasse erhoffen, daß die Regierung sich auch zu weiteren Maßregeln bereit erklären werde, und ich kann sagen, daß sie uns in unseren Forderungen zum Schutz des Handwerks, zum Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung und ihrer Ausdehnung auf das Handwerk bereit finden wird.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky: Man versuche mit Unrecht einen Gegensatz zwischen seinen heutigen und seinen früheren Erklärungen über den Befähigungsnachweis zu konstruieren. Bei dem „kleinen Befähigungsnachweis" sollen maßgebend sein nicht die technische Einrichtung, sondern die moralische Befähigung des Handwerkers, um Lehrlinge auszubilden. Wer erziehen will, muß selbst eine geordnete Erziehung gehabt haben. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, daß dem, der durch eigene Kraft den Meistertitel erworben, auch allein die Führung dieses Titels gesichert werde. Wenn der Abg. Gamp einen Staatszuschuß zur Deckung der Kosten der Handwerkskammern wünsche, möge er diese Forderung im Abgeordnetenhaus vorbringen. Der Redner bittet, der Vorlage zuzustimmen, da sie den ersten Schritt auf dem Gebiet des Handwerkerschutzes bedeute. Dem Antrag Trimborn auf gleichmäßige Durchführung des obligatorischen Gewerbefortbildungsunterrichts im ganzen Reiche könne er als zu weitgehend nicht zustimmen.

Abg. Hoffmeister (freis. Vp.) führt aus: Die Vorlage stelle das Baugewerbe unter Polizeiaufsicht und werde die Bautätigkeit, bei der es auf die Ausnützung jedes Tages, jeder Minute ankomme, überaus schädigen. Was nottut, ist eine gute Baukontrolle unter Beteiligung der Arbeiter, wie sie sich in Süddeutschland bestens bewährt hat. Der Meistertitel schützt nicht vor Baufällen und Pfuschern.

Abg. v. Czarlinski (Pole) lehnt die Vorlage ab, indem er es fertigbringt, mit diesem Gegenstande die großpolnischen Beschwerden zu verbinden.

Abg. Werner (Antis.) drückt seine Genugtuung aus über den Bruch mit der zügellosen Gewerbefreiheit.

Abg. Euler (Zentr.) hält unverändert an der Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises fest und nimmt indes die Kommissions-Vorlage als Abschlagszahlung in Tausch.

Abg. Bömelburg (Soz.): Ich kann nicht glauben, daß die Vorlage zur Verhinderung der Unfälle im Baugewerbe beitragen wird, denn sie gibt nur die Handhabe, jemandem die Konzession zu entziehen, wenn Unglücksfälle vorgekommen sind. Wir dagegen fordern, daß Maßregeln getroffen werden, die Unglücksfälle überhaupt verhindern. Ich habe eine kleine Statistik gemacht; dabei hat sich ergeben, daß von 33 Bauunfällen 20 auf Bauten entfallen, die von Innungsmeistern, ja sogar von Innungsobermeistern ausgeführt wurden. Die Unfallverhütungsvorschriften lassen sehr zu wünschen übrig und das wird nicht besser durch die Berufsgenossenschaften, wie der Staatssekretär ausführte. Vor drei Jahren erklärte der Staatssekretär, daß die Berufsgenossenschaften die Kontrollbeamten um 120 vermehren wollten. Das ist bis heute noch nicht geschehen und wenn wir uns weiter auf die Berufsgenossenschaften verlassen, so sind wir verlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu den Kontrollbeamten müßten vor allem Arbeiter gezogen werden, deren Leben bei Bauten in erster Linie gefährdet ist. Die Arbeiter besitzen auch genug Praxis, um eine entsprechende Kontrolle auszuüben, während die jetzigen Kontrollbeamten nur Theoretiker sind. In Bayern und Württemberg, wo man der Baukontrolle mehr Aufmerksamkeit widmet und auch Arbeiter dazu heranzieht, haben die Unfälle ganz bedeutend abgenommen. Auch die Ministerien in Süddeutschland sind sehr zufrieden mit den getroffenen Maßnahmen und haben in den Kammern wiederholt erklärt, daß man beabsichtige, zur Baukontrolle noch mehr Arbeiter heranzuziehen. Man brauche nicht zu fürchten, daß die Arbeiterkontrolleure die sozialdemokratische Agitation fördern würden. Es müßte traurig um die Sozialdemokratie bestellt sein, wenn sie in ihrer Agitation auf die Baukontrolleure angewiesen wäre. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratischen Verbände sind stark geworden ohne Baukontrolleure. Es wird immer behauptet, daß die größte Zahl der Unfälle durch die Arbeiter selbst verschuldet würde. Das widerspricht nicht der Tatsache. Wir alle müssen Front machen gegen die Behauptung, daß die Trunkenheit der Arbeiter viel zu Unfällen beitrage. Nach einer mir vorliegenden Statistik sind nur 1,04 Prozent der vorgekommenen Unfälle auf Trunkenheit und Neckerei zurückzuführen. Auf Nichtbenutzung der Schutzvorrichtungen durch die Arbeiter kommen 1,4 Prozent der Unfälle. Auf Unterlassung der Anbringung von Schutzvorrichtungen durch die Arbeitgeber etwa 6,6 Prozent. Auch die Baupolizei erfülle ihre Aufgabe nur sehr schlecht, wie das Baugerüst in Nagold in Württemberg beweist. Der Staatssekretär hat ja schöne Worte zu dem Arbeiterschutz gesprochen, wünscht man sich den Dienstmann zurück. Das hat eine neue Gesellschaft in Berlin jetzt richtig begriffen. Jetzt unter dem Zeichen des Londoner „messenger" verbreitet sich neuartige Eilboten-Institute (wie sie jetzt auch in Karlsruhe und anderen Städten eingeführt. D. Red.) über die Straßen der Stadt. Der Eckensteher von einst wird zum Laufjungen, wenn er hat sein Bureau, in dem er ruhige Stunden auf Stühlen oder Liegebänken genießen kann; telephonisch bestellt man ihn, und in englischer, blauroter Uniform, mit winzige Tellerkäppchen schräg in der Stirn, tritt er seinen Marsch an. Er wird sich entweder durchsetzen oder verulkt werden, bis er verschwindet: das kann man dieser neuesten Erscheinung Berlins ohne weiteres prophezeien.

Das reichste Geldgewölbe der Welt. Die Bank von England besitzt einen Raum, der ringsum an den Wänden vom Boden bis zur Decke mit feuerfesten Schränken versehen ist, in denen sich Reihe auf Reihe von Geldsäcken, Silbersäcken, jeder 2000 Pfund (20 000 Mark) enthaltend, und Stoß auf Stoß Banknoten befinden. Dieser Raum enthält allein an gemünztem Gelde 1600 Millionen Mark. — In dem Keller der Bank befinden sich 77 Millionen Stück außer Kurs gesetzte Noten im Wert von 1750 Millionen Pfund (35 000 Millionen Mark) Gewicht von 18 100 Zentner. Darunter befindet sich eine einzelne Note im Betrage von 1 Million Pfund (20 Millionen Mark) und eine andere, deren Wert in 119 Jahren von 5000 Mark auf 1 200 000 Mark gestiegen ist.

Die Ehe auf Kündigung. Aus London, 17. ds. wird dem Neuen Wiener Tagblatt berichtet: Viel besprochen wird ein gestern in Newyork unter dem Titel erschienenes Buch einer der besten amerikanischen Gesellschaft angehörigen Dame, worin dieselbe unter Anlehnung an eine Anzahl moderner Romane gleichfalls entschieden für die Ehe auf Kündigung ausspricht. Die Autorin, eine Tochter des amerikanischen Bankiers Henry Clews und verheiratet mit dem amerikanischen Kongreßmitgliede Parsons, verlangt, daß das Ehepaar das Recht haben solle, binnen eines gewissen

Kleines Feuilleton.

Die Leistung des Storches auf dem Wasser.

(Wahres Geschehnis.)

Auf der Fahrt nach fernen Landen,
Um den Kapitän rum standen,
Der den „Großen Kurfürst" lenkt,
Menschen, welch' es nicht versteh'n,
Daß die Störch' aufs Wasser geh'n.

Nämlich in des Seesturms Wüten,
Um vor'm Wasser sich zu hüten,
Schloß' man jede Lucke zu;
Eindringt doch der Fröschewürger,
Bringt sechs neue Weltenbürger.

Eines in die erste Klasse,
In die zweite sich zum Spaße.
Bringt er dann ein Zwillingspaar;
Wen bringt dieses nicht zum Lachen?
Doch es komm'n noch bess're Sachen.

Denn er stieg 'ne Klasse weiter,
Und betreibt sein Handwerk breiter,
Präsentiert ein Drillingspaar;
Wer da noch an Zufall glaubt,
Untersuchen laß' sein Haupt.

Darauf spricht der Kapitän:
„Meine Herren, wie Sie seh'n,
Hätten wir die vierte Klasse,
Könnt man Kindern ihrer zehn,
Garnicht aus dem Wege geh'n!"

L. u. S.

Einen approbierten Tierarzt für Mensch und Vieh sucht das sächsische Städtchen Pobershau in der Nr. 89 der Staats-, Gemeinde- und akademische Vakanzen-Zeitung für das deutsche Reich. Das betr. Inserat steht folgendermaßen aus:

Ausschreibung.

Die 600 Mitglieder zählende Ortskrankenkasse Pobershau sucht 1. Dezember a. c. oder später einen approbierten Tierarzt

gegen ein Fixum von 1800 Mk.; eine Erhöhung desselben ist bei zufriedenstellender Tätigkeit nicht ausgeschlossen.

Mit der Kassenarztstelle sind gleichzeitig die Funktionen als Schul-, Armen- und Impfarzt für die Gemeinde verbunden.

Außerdem behandelte der bisherige Arzt sämtliche Kranke aus Pobershau als Mitglieder der Ortskrankenkasse Marienberg.

Der bisherige Arzt verläßt sein Arbeitsgebiet infolge Kündigung, bezog ein nachweisbares Einkommen von 3930 Mk. und ist hierbei die nicht unerhebliche Privatpraxis in der 2185 Einwohner zählenden Gemeinde Pobershau nicht inbegriffen.

Auch mag noch erwähnt sein, daß sich letztere auch auf die umliegenden Orte Rittersberg, Niederlauterstein, Hüttengrund, Gebirge und Gelobtland erstrecken könnte.

Reflektanten wollen ihre Bewerbungen bis spätestens 10. Oktober a. c. an das Gemeindeamt einreichen oder sich daselbst persönlich melden.

Pobershau, am 11. September 1906.

Die Ortskrankenkasse. Der Gemeinderat.

Der Gesuchte muß, nach dem Inserat zu urteilen, ein Allerweltskerl sein. Im Hauptamt Tierdoktor, soll er auch Schulkinder, Gemeindearme und Krankenkassenmitglieder kurieren, ja sogar das Amt eines Impfarztes ausüben. Dabei wird ihm noch eine nicht „unerhebliche Privatpraxis" in Aussicht gestellt, und zwar nicht nur in dem Nestchen Pobershau selbst, sondern noch meilenweit in der Runde bis ins Gelobt—e—Land. „Arbeit" ist für unsern Honorigen also genug vorhanden. Das muß fürwahr ein „gelobtes Land" sein, in dem Tiere und Menschen nicht nur einträchtig beieinander wohnen, sondern auch gemeinsam von ein und demselben Heilkünstler behandelt werden. Wir kennen uns in den Personalverhältnissen des Pobershauer Gemeinderats nicht aus und können daher die Fragen mancher wißbegieriger Leser, ob sich idyllische Gemeinsamkeit von Tier und Mensch auch auf die Zusammensetzung des Gemeinderats erstreckt, nicht beantworten. Pobershau ist ein Ort in der sächsischen Amtshauptmannschaft Marienberg mit Baumwollspinnerei, Spitzenklöppelei, Zinnbergbau, Sägemühlen, Holzwarenfabrikation und mit einer Dreherschule.

Der Dienstmann. Die Gegenwart nimmt manchem Beruf die Tradition, und manchem nimmt sie damit sogar eine Wurzel seines Daseins. Ein Lied in dieser traurigen Tonart, in Moll, kann in Berlin nun seit Jahren ein Stand singen, der seine klassische Zeit weit hinter sich hat: die Dienstmänner-Gilde. Nur wenige Ecken hat für den einst berühmten Eckensteher — Nante hieß er in der Posse — das Straßenleben der modernen Großstadt frei. Wer in südlicheren Orten, z. B. auch noch in München, an den täglichen Anblick der diensteifrigen Armee, der Rotmützen und numerierten Blechschildchen sich gewöhnt hat, ist als Fremdling in Berlin erstaunt, wenn er oft tagelang von der so bejahrten Institution nichts mehr erblickt. An den Bahnhöfen, von deren Innenräumen sie übrigens ausgesperrt sind, stehen allenfalls noch ein paar Verspätete; der eine hat sogar ein Fahrrad; ein anderer trägt auf dem Brustschild die Kunde, daß er französisch und englisch spricht. Auch in den Geschäftsstraßen trifft man sie manchmal. Aber im großen und weiten Westen Berlins fehlen sie völlig. Das ist für den Fremden sogar anfangs behindernd, und es dauert eine Weile, bis man sich in diesen Kurs, der mit modernen Ersatzmitteln arbeitet, völlig eingelebt hat. Man benützt nicht nur Fernsprecher und Rohrpost, sondern auch die Paketfahrt für alle Besorgungen im Weichbild der Stadt; man bekommt ausnahmslos aus allen Geschäften im westlichen Viertel die Ware mit Boten ins Haus; man hat den Türsteher im Café- und Kaffeehaus, und im Hotel den Boy zur Verfügung. Der Verbindungsstudent schickt den Couleur-Hund getrost mit dem „Fax" (Faktotum) spazieren. Das „Leben ohne Dienstmann" scheint darnach wirklich ein gelöstes Problem zu sein.

Und doch täuscht auch dieser Glaube, und es kommt einmal ein Tag, an dem alle die stolzen Einrichtungen des modernen Verkehrs nichts taugen und das Herz des Menschen sich nach dem Geiste sehnt, der nichts weiter mitbringt als ein Paar laufwilliger Beine. Dann

Ermahnungen an die Unternehmer gerichtet, aber Worte nützen bei unseren Unternehmern nichts. Auf schöne Worte pfeifen diese und tun nur etwas für den Arbeiterschutz, wenn sie dazu gezwungen werden. Die Bauarbeiterschaft wird sich ebenfalls durch Worte nicht beruhigen lassen, sondern wird so lange ihre Stimme erheben, bis ihre Forderung auf genügenden Schutz erfüllt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauly-Potsdam (kons.) begrüßt die Vorlage in der durch die Kommission verbesserten Fassung als Abschlagszahlung und erörtert die Frage des allgemeinen Befähigungsnachweises. Der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe würde, wenn die Regierung nur wollte, sich sehr gut durchführen lassen. Redner kritisiert dann die Bömelburgschen Vorschläge, wie es die Vorredner getan haben. Die Ausdehnung des Fortbildungs-Schulzwanges auch auf die allerkleinsten Orte lasse sich nicht durchführen.

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6¾ Uhr.

Badische Chronik.

Pforzheim.

20. November.

— Die Ergänzungswahl eines Stadtverordneten für den zum Stadtrat gewählten Stadtverordneten Keßstein findet am Montag, den 26. November, nachmittags von halb 4 bis 4 Uhr, im Stadtratssaal statt.

— Die hiesigen Bäckermeister haben eine Einkaufs-Vereinigung gegründet.

Dietlingen, 19. Nov. Die Geflügeldiebstähle nehmen hier kein Ende. Vor kurzem wurde wieder einmal ein Hahn aus dem Stalle eines Goldarbeiters gestohlen und die Restteile, in Papier eingewickelt, vor's Haus gelegt. Einem sehr eifrigen Mitgliede des Züchtervereins wurde ein ganzer Stamm Hühner, die zur Ausstellung kommen sollten, tags zuvor gestohlen. Ob das gestohlene Geflügel in die Pfanne kam, oder was sonst damit geschah, weiß man nicht. Einem andern Goldarbeiter wurden durch die Katzen eines Nachbars ein ganzes Dutzend junger Hühner geholt. Eine angestrengte Entschädigungsklage war ohne Erfolg, da nicht festgestellt werden konnte, welche Katzen die Missetat verübt hatten.

* **Radolfzell**, 20. Nov. Am 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, brannten in Bankholzen zwei Häuser nieder; die Nachbargebäude konnten nur mit großer Mühe gerettet werden. Die Entstehung des Brandes ist noch unbekannt.

* **Heidelberg**, 20. Nov. Das 1 Jahre alte Söhnchen des Joh. Forstmaier im Stadtteil Neuenheim ist an den Brandwunden, die es durch einen vom Herde stürzenden Topf heißen Wassers erlitt, gestorben.

* **Mannheim**, 20. Nov. Eine Ortsgruppe des Bundes für Mutterschutz ist hier gegründet worden.

Gemeindezeitung.

Offenburg, 20. Nov. In der letzten Stadtratssitzung wurde die Einführung der Verhältniswahl (Proporz) am Gewerbegericht beschlossen und zwar mit streng gebundenen Listen unter Verzicht auf Zugrundelegung von Wählerlisten. Der Bürgerausschuß wird sich noch damit beschäftigen.

Man muß es sehen, um es zu glauben, — nämlich wie das Stadtverordneten-Kollegium in Kassel zusammengesetzt ist. In einem Artikel der Kommunalen Praxis, der sich mit den Musterleistungen der liberalen Stadtverwaltung in Kassel befaßt, lesen wir, daß nicht weniger als 16 Herren im Kasseler Stadtverordneten-Kollegium sitzen, die vor ihrem Namen einen Titel mit der Einleitung „königlich preußischer" führen, dazu kommen mehr als ein halbes Dutzend Bauunternehmer, Architekten, Schreinermeister, endlich Fabrikdirektoren, Fabrikanten, Bankiers, Kaufleute, Hotelbesitzer und Rentner. Bei einer solchen Zusammensetzung eines Stadtverordnetenkollegiums, die nur unter dem verrotteten Kommunalwahlrecht in Preußen-Deutschland möglich ist, kann man sich auf allerhand gefaßt machen.

An einem Falle in Köln, der ebenfalls in der Kommunalen Praxis ausführlich geschildert worden ist, wird gezeigt, wohin die Klüngelswirtschaft führt. Es steht fest: mit der kommunalen Klassenherrschaft ist die Gefahr einer schlimmen kommunalen Korruption unlöslich verbunden, und wer die Korruption ausrotten will, muß die Demokratisierung der Gemeindeverfassung erstreben.

Aus dem Reiche.

Hamburg, 20. Nov. Der Eisenbahnmörder Rücker ist dringend verdächtig, vor einigen Monaten auch das Dienstmädchen Dora Burmeister ermordet zu haben. In seinem Koffer, welcher bei einer früheren Vermieterin als Logispfand blieb, wurden blutbefleckte Kleidungsstücke gefunden, welche die Logiswirtin Rückers als dessen Eigentum bezeichnete. Außerdem erkannte sie auch das bei der ermordeten Burmeister gefundene Messer als das des Rücker.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 21. November.

Oberbürgermeister Schnetzler

feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Herr Schnetzler liegt zurzeit schwerkrank darnieder. Die ganze Bürgerschaft ohne Unterschied der Parteistellung nimmt an dem herben Schicksal unseres Stadtoberhauptes lebhaften Anteil. Wie immer man sich als Politiker zu Herrn Schnetzler stellen mag — wir hatten manchen harten Strauß mit ihm auszufechten — seine Tätigkeit als Oberbürgermeister verdient vollste Anerkennung. Wenn wir auch in manchen Dingen mit den Maßnahmen der Stadtverwaltung nicht einverstanden waren, die Gesamttätigkeit des Herrn Schnetzler als Oberbürgermeister haben wir stets anerkannt. Unter seiner Leitung hat unsere Stadt einen großen Aufschwung genommen. Herr Schnetzler ist ein durchaus selbständiger gerader Charakter, der gelegentlich auch nach obenhin seine Meinung ungeschminkt zum Ausdruck brachte. Der Wille, gerecht zu sein, war bei ihm immer vorhanden, das anerkennt auch der politische Gegner.

Wir vereinigen uns in dem Wunsche, Herrn Schnetzler möge es beschieden sein, von der schweren Krankheit recht bald wieder zu genesen.

Die Angst vor Dr. Netter

hat den Pforzheimer Generalanzeiger zu folgendem kläglichen Widerruf veranlaßt:

(In Sachen Speidel gegen Weißmann.) Wir haben in der Nummer 266 unseres Blattes vom Dienstag, den 13. ds. Mts., einen Artikel gebracht, in dem wir uns mit der Berufstätigkeit des Rechtsanwalts Dr. F. Netter in abfälliger Kritik beschäftigt haben. Nachdem wir jedoch eingesehen haben, daß die darin behaupteten Tatsachen unrichtig sind, stehen wir nicht an, den Artikel nach Inhalt und Form zurückzunehmen und zu bedauern, daß wir die Berufstätigkeit des Dr. Netter zum Gegenstand einer Kritik in unserem Blatte gemacht haben.

So gehts halt, wenn man einem sozialdemokratischen Blatte etwas nachdruckt und mannesmutig vor notwendiger Kritik der Tätigkeit selbst eines Rechtsanwalts nicht zurückschreckt. Dann muß man hinterher in Sack und Asche Buße tun.

Und eine solche Presse „preiset mit viel schönen Reden" ihre Unabhängigkeit und spielt sich als energischer Verfechter der Interessen der Allgemeinheit auf. Uebrigens wären wir gespannt, zu erfahren, wie sich das Blatt von „der Unrichtigkeit der behaupteten Tatsachen" überzeugt hat, da doch diese Tatsachen nur Herrn Dr. Netter und dem jetzigen Beklagten Weißmann bekannt sind. Uns scheint, es hat sich recht rasch „überzeugen" lassen, als Herr Dr. Netter das Gespenst der Klage öffentlich aufmarschieren ließ.

Sonst aber ist für den klagelustigen Rechtsanwalt nicht viel erreicht, wenn er den Pforzheimer Generalanzeiger zum Schweigen gebracht hat. Bereits hat sich die gesamte sozialdemokratische Presse mit dem Fall beschäftigt und Herr Dr. Netter aus Pforzheim ist über Nacht ein berühmter Mann geworden. Schade nur, daß selbst das Zentralorgan unserer Partei, der Vorwärts, von einer moralischen Niederlage des Pforzheimer Rechtsanwalts spricht. [illegible]

Der militärische Verleumder

unseres Genossen Dr. Frank-Mannheim, Rittmeister v. Muschwitz, wird sich für seine Ausfälle bei der Kontrollversammlung zu verantworten haben. Das Kriegsgericht in Karlsruhe hat, wie es dem Genossen Dr. Frank mitgeteilt hat, auf dessen Antrag das Ermittelungsverfahren gegen den Rittmeister eingeleitet.

Aufgewacht

sind nun auch die hiesigen Konditorengehilfen. Den Beweis erbrachte eine vom hiesigen Gewerkschaftskartell auf Montag, den 19. d. Mts. abends halb 9 Uhr im Goldenen Adler einberufene Versammlung. Konnte man schon über den zahlreichen Besuch seine Freude ausdrücken, so war man noch mehr befriedigt, als nach einem glänzenden Referat des Gauleiters Sadenwasser aus Frankfurt a. M. über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Konditorengewerbe, sich eine Anzahl als Mitglieder im Verband aufnehmen ließen und somit eine Filiale sofort ins Leben gerufen werden konnte. Zu wünschen wäre nun, daß es bei dem einen Erfolg nicht bleibt und alle Säumigen, besonders die in den Zuckerfabriken, sich der neugegründeten Organisation anschließen möchten.

Eine auffällige Massenkündigung.

Die Karlsruher Schiffahrts-Gesellschaft kündigte in Ludwigshafen ihrem gesamten kaufmännischen Personal, 21 Mann stark, per 1. Januar 1907. Diese Maßnahme erweckt unwillkürlich den Anschein, daß die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, denn sonst würde sie wohl kaum ihr Personal auf Null reduzieren. Diese Firma, die erst seit einigen Jahren existiert (Niederlassungen in Karlsruhe, Mannheim und Straßburg) hat einen beträchtlichen Teil des großen Aktienkapitals „hineingemacht". Das Vorkommnis ist, wie die Pfälz. Post mitteilt, um so bemerkenswerter, weil die Schiffahrts-Gesellschaft die einzige Aktiengesellschaft ist, an der eine Kommunalbehörde finanziell interessiert ist, und zwar die Stadt Karlsruhe, die zur Hebung ihres heimischen Hafenverkehrs sich mit 400 000—500 000 Mark Kapital daran beteiligte und zweifellos einen hübschen Brocken einbüßen würde, wenn die obige Mutmaßung zutrifft.

In Fachkreisen hatte man dem Unternehmen von vornherein ein ungünstiges Horoskop gestellt, weil man in die Leitung absolut kein Vertrauen setzte. Der eine der beiden Direktoren könnte aus seiner früheren Tätigkeit von verkrachten und in Nöten befindlichen Gesellschaften ein Liedchen singen und der Prokurist hatte vor mehreren Jahren als selbständiger Spediteur in Mannheim die öffentliche Meinung in unliebsamer Weise beschäftigt. Nachdem der Karren bereits verfahren war, wurden die Leiter durch einen Staatsstreich eines der Hauptaktionäre, des bekannten Großreeders Kannengießer, an einem schönen Morgen aus dem Bureau verbannt, natürlich gegen schwere Abfindungssummen und drei andere Geschäftsführer eingesetzt, die für ihren Posten überhaupt nicht geeignet waren. Es waren dies nicht einmal Fachleute; der eine soll früher Direktor einer Seifenfabrik in Schlesien gewesen sein. Die anderen Herren Aktionäre ließen sich jedoch durch diesen Pascha-Akt nicht einschüchtern und versuchten es mit einer Gegenrevolution, deren Resultat die Verjagung der drei Neuen nach kurzer Zeit und Wiedereinsetzung der Alten in ihre Rechte war. Nach außen wußte die Firma aber doch den Schein zu wahren und machte auch noch die famose Aussperrung der Stückgutarbeiter mit.

---

* **Prozeß Karlsruhe-Durlach.** Der Verwaltungsgerichtshof hat die Klage der Stadt Durlach gegen die von dem Bezirksrat Karlsruhe erteilte Genehmigung für das Projekt der Karlsruher Schwemmkanalisation als unzulässig abgewiesen. Ebenso hat der Verwaltungsgerichtshof die Klage der Stadtgemeinde Karlsruhe gegen den Bescheid des Bezirksrats Durlach, durch welchen der Stadt Durlach unter gewissen Voraussetzungen die Genehmigung zur Einleitung eines Teils ihrer Abwässer in den Landgraben erteilt wurde, als unzulässig abgewiesen. Da eine Entscheidung in der Sache selbst hienach nicht getroffen ist, steht diese letztere nun bei Großh. Ministerium des Innern als Rekursinstanz bezw. den bürgerlichen Gerichten. Der Gemeinderat Durlach hat übrigens neuerdings dem Stadtrat gegenüber seine Bereitwilligkeit zu gütlicher Beilegung des Rechtsstreits erklärt und ihn um Mitteilung eines Vergleichsvorschlages ersucht. Der Stadtrat ist bereit, in gütliche Verhandlungen mit Durlach einzutreten.

* **Der Gesangverein Badenia** feierte am Samstag sein 35jähriges Stiftungsfest, aus welchem Anlaß er im großen Festhallesaal ein sehr gut besuchtes Konzert veranstaltete. Die Badenia verfügt über eine gut geschulte Sängerschar, [illegible] stehende Stimmenmaterial aufs beste zu schulen. Auf die Einzelvorträge einzugehen, ist uns Raummangels wegen nicht möglich. Es wäre auch keine leichte Aufgabe, die Darbietungen im einzelnen kritisch zu bewerten, da die Vorträge insgesamt nur volles Lob verdienen. Was uns ganz besonders gefallen hat, war die Bevorzugung des Volksliedes in dem aufgestellten Programm. Einige Jahre war es hier üblich, daß die bürgerlichen Gesangvereine im Vortrag der schwierigsten Kompositionen sich gegenseitig zu überbieten versuchten. Von dieser Auffassung scheint man aber wieder abgekommen zu sein, was wir nur lebhaft begrüßen können. Mit ihrem am Samstag Abend errungenen Erfolg darf die Badenia vollauf zufrieden sein. Auch die für das Konzert gewonnenen Solisten, Herr Kammersänger van Gorkom und Herr Professor Alschansky von Darmstadt nehmen an dem Erfolg des Abends ihren wohlverdienten Anteil. Herr van Gorkom erfreute durch den Vortrag einiger Lieder, während Herr Alschansky mit seinen Posaunensolis einen hervorragenden musikalischen Genuß bot. Das zahlreich erschienene Publikum dankte durch lebhafte Beifallsbegeugungen.

* **Projektions-Vortrag.** Ueber „Ein Blick in das Innere des Menschen, wie es da aussieht und aussehen sollte", hielt Herr Redakteur Max König-Hannover am Donnerstag im Schrempp'schen Saale 8, auf Veranlassung des Naturheilvereins einen Vortrag mit Lichtbildern, der außerordentlich stark besucht war, sodaß der Saal die Anwesenden kaum fassen konnte. Redner stellte zunächst an der Hand von statistischem Krankenkassen-Material fest, daß in Deutschland in jeder Familie durchschnittlich 60—70 Mark jährlich für die Beseitigung von Krankheiten aufgewendet werden. Von diesen Ausgaben könnte ein großer Teil gespart werden, wenn man sich mehr mit der Beschaffenheit des menschlichen Körpers beschäftigen würde. Die Hauptursache, daß der Organismus des menschlichen Körpers nicht exakt arbeite, liege in der Unkenntnis über die Funktionen der einzelnen Organe. Der Vortragende erläuterte dann den Knochenbau des Menschen, wobei die Vorführung der Röntgen-Photographie eines Brustkorbes besonderes Interesse erregte. Man konnte deutlich ein verschlucktes Geldstück wahrnehmen. Weiter interessierten Röntgenbilder von Händen, auch ein solches von einer 3000 Jahre alten Mumienhand. An Bildern unserer Füße wurde die Unzweckmäßigkeit der modernen Bekleidung nachgewiesen. Auch die Mißbildung des Brustkorbs der Damen durch Schnürkorsetts wurde gezeigt. Redner beleuchtete dann die Muskulatur und die außerordentliche Wichtigkeit der Lymphgefäße. Drüsenoperationen z. B. seien meist unnütz, da sich der Krankheitsstoff im ganzen Lymphgefäßsystem befinde und nur durch Behandlung des ganzen Körpers entfernt werden könne. Es folgten Ausführungen über die Blutbildung, über Herzkrankheiten sowie über Nierenerkrankungen. Die Herzkrankheiten basieren meist auf Alkoholmißbrauch. In München habe man z. B. nachgewiesen, daß jeder zweite Biertrinker herzleidend sei. Im zweiten Teile seines Vortrages behandelte der Redner die Atmung, die auch durch das Korsett verschieden gestaltet werde, ferner die Haut, das Haar, die Empfindungs- und Bewegungsnerven, das zweite Nervensystem (Gangliensystem) im Unterleibe. Schließlich besprach Herr König noch die Sinnesorgane. Die populär-wissenschaftlichen Ausführungen des Vortragenden in Verbindung mit den besonders scharfen und zahlreichen Lichtbildern waren fesselnd und lehrreich.

* **Erhöhung der Lederpreise.** Die Preise für sämtliche Ledersorten haben infolge Mangel an Rohwaren, Lederzollerhöhung und der erhöhten Betriebsunkosten der Lederfabriken eine bedeutende Steigerung erfahren.

* **Verhaftet** wurden: 1. ein 28 Jahre alter stellenloser Gärtnergehilfe von hier, weil er seinem früheren Arbeitgeber sein Geschäftsbuch stahl, daraus gefälschte quittierte Rechnungen aufstellte, bei den Kunden Gelder einzog und in seinem Nutzen verwendete; 2. ein 20 Jahre alter Kaufmann aus Hechingen, welcher von der Staatsanwaltschaft Mittweida wegen Betrugs verfolgt wird und 3. ein hiesiger Kutscher, weil er seinem Arbeitgeber Kundengelder unterschlug.

* **Unfall.** Gestern Vormittag nach 10 Uhr erlitt ein lediger Fuhrknecht vor dem Hotel Friedrichshof dadurch einen Unfall, daß er beim Abladen eines Dampfkessels auf dem Gehweg ausrutschte und hierbei den rechten Fuß oberhalb des Knöchels brach.

Vermischtes.

§ **Die Kraft der Elektrizität.** Aus Ottawa wird unterm 20. ds. gemeldet: Gestern Abend wurde auf eine Entfernung von achtzig Meilen zum erstenmale die elektrische Kraft von den Niagarafällen nach Toronto geliefert; es sind 40 000 Pferdestärken verfügbar.

Letzte Post.

Nachklänge vom „roten Sonntag".

Erfurt, 21. Nov. Die Revision gegen das Urteil der Erfurter Strafkammer in Sachen des Prozesses der Erfurter Tribüne wegen Aufreizung wurde vom Reichsgericht verworfen. Genosse Lojewsky war zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Gemeindewahlsiege.

Berlin, 21. Nov. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Stettin in der 3. Abteilung, in Breslau und Düsseldorf in der 6. Abteilung siegten die Liberalen. In Leipzig siegten in der 3. Abteilung die Sozialdemokraten.

Zum polnischen Schulstreik.

Berlin, 20. Nov. Für die polnischen Schulstreik-Gebiete wird jetzt auch die Gendarmerie in den Vororten Berlins aufgeboten. Es sind eine ganze Reihe von Polizeibeamten nach den Distrikten, in denen der Schulstreik in besonders großem Umfang ausgedehnt ist, abkommandiert worden. Die Beamten werden zur Unterstützung der dortigen Gendarmerie herangezogen.

Die Kircheninventur in Frankreich.

Paris, 21. Nov. In 48 Departements fanden gestern Inventuraufnahmen statt. Es kam dabei nur zu unbedeutenden Zwischenfällen. In einigen Orten wurden die Kirchentüren erbrochen und einige Verhaftungen vorgenommen.

Antiklerikale Demonstration.

Madrid, 20. Nov. Eine antiklerikale Kundgebung fand gestern in Valenzia statt. Es kam hierbei zu schweren Zusammenstößen, denen die Polizei ohnmächtig gegenüberstand. Erst Militär konnte die Ruhe wieder herstellen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wahlrechtsdemonstration der Frauen.

London, 20. Nov. Eine Anzahl der Frauenrechtlerinnen zog gestern Nachmittag vor das Parlamentsgebäude und versuchte vor der Statue von Richard Löwenherz eine Versammlung abzuhalten. Miß Daspard hielt gerade eine Rede vom [illegible] Da sie sich weigerten, wurden sie gewaltsam hinausgetrieben. Miß Milne wurde wegen Widerstands verhaftet und nach der Polizeistation gebracht.

Russische Revolution.

Gaunereien der Regierungsbeamten.

Paris, 20. Nov. Hiesigen Blättern wird aus Petersburg gemeldet: In Regierungskreisen ist die Rede von einem Skandal, in dem ein Mitarbeiter des Ministeriums des Innern kompromittiert sein soll. Dessen Maitresse soll mit Angestellten des Ministeriums große Lieferungen für Getreide für die durch Hungersnot geschädigten Bauern übernommen haben. Die hungernden Bauern haben diese Getreidelieferungen aber nicht erhalten. Hierdurch soll der Staatskasse ein Schaden von 2 Millionen Franks entstanden sein.

Ein Zarenukas.

London, 20. Nov. Tribune meldet aus Wiborg, daß der Zar einen Ukas für Finnland erlassen hat, in welchem er verlangt, daß der finnländische Senat ihm behilflich sein solle bei der Verfolgung der zahlreichen politischen Flüchtlinge, die sich in Finnland verborgen aufhalten. Die finnländischen Behörden mögen alle politisch Verdächtigen, die in Finnland ein Asyl gesucht haben, an Rußland ausliefern. Die russischen Flüchtlinge in Finnland sind von Panik ergriffen, da sie das Schlimmste befürchten. Sie treffen Vorbereitungen zur Flucht, falls der Senat dem Wunsche des Zaren Rechnung tragen sollte.

Ein Attentat.

Odessa, 21. Nov. Beim israelitischen Friedhof wurden gestern auf einen den Friedhof verlassenden Leichenzug drei Revolverschüsse abgegeben, durch den der Adjutant des Polizeimeisters, der die Aufsicht führte, getötet wurde. Drei junge Leute liefen dann, indem sie aus ihren Revolvern schossen, davon und wurden verfolgt. Bei einer Kaserne wurden sie von Soldaten erschossen. Ihre Personalien sind noch nicht festgestellt.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. Ausschuß. Heute, Mittwoch Abend, „Auerhahn" (vorderes Lokal). Die Redner sind gleichzeitig eingeladen. 4642

Karlsruhe. Jugendorganisation. Heute Mittwoch im „Auerhahn" (Nebenzimmer). Fortsetzung der Diskussion über das Erfurter Programm. 4643

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Heute Abend ¼9 Uhr aus besonderem Anlaß Zusammenkunft bei Schaufelberger, Ecke Rüppurrer- und Werderstraße. — Morgen Donnerstag nach der Singstunde Berichterstattung von der Bundesgeneralversammlung in Bruchsal. Es ladet hierzu alle Mitglieder höfl. ein
4640 Der Vorstand.

Pforzheim. (Sozialb. Bürgerausschußfraktion.) Freitag Abend Sitzung im Graf Eberhardt. 4638

Briefkasten der Redaktion.

Fr. Die Warnung erfolgt in morgiger Nummer.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Zeitraumes nach der Hochzeit ohne jedwede gerichtliche Intervention auseinanderzugehen, vorausgesetzt, daß ihm keinerlei Nachkommenschaft zugewachsen ist. Daneben wünscht aber die Autorin auch, daß in die behördliche oder kirchliche Ehewilligung eines jeden Brautpaares verläßliche Details der Gesundheit und Temperament der Ehewerber aufgenommen würden, damit beide Teile in der Lage seien, sozusagen mit offenen Augen in den Ehestand zu treten. Frau Parsons besitzt den Doktorgrad der Sozialwissenschaften und ist Dozentin desselben Faches am Burnard College.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angekündigten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volksfreund zu beziehen.)

Süddeutscher Postillon Nr. 24 liegt uns vor mit einem gleißenden Geisterbilde. Ein großer Karikaturenzeichner, wie er die drei Reichskanzler in ihren Grundzügen festnagelt. H. P. erfreut mit einem Vollbild, das Weichkind; eine heitere Studie aus dem Leben. Das Schlußbild Der Sachverständige ist eines der besten Vorwürfe aus der Köpenicker-Tragikomödie. — Gedichte und Sentenzen wechseln mit einer Menge zum Teil illustrierter Glossen, Schnitzel und Witze, die der Nummer das Gepräge interessanter Abwechslung geben, so daß der Abnehmer des Süddeutschen Postillon für die 10 Pfennige Anregung und Heiterkeit in reicher Fülle hat. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteure.

Lohnbewegungen im Bäckergewerbe 1906. Herausgegeben vom Bäcker-Verband.

Der Hauptmann von Köpenick oder Der genialste Gaunerstreich zweier Jahrhunderte. Lustspiel in fünf Aufzügen von J. Brenner. Verlag: A.-G. Neuenschwander'sche Buchhandlung, Weinfelden (Thurgau). Preis 1 Mk.

Hoftheater.

Die gestrige Aufführung von Verdi's Troubadour bot Gelegenheit, die herrliche Stimme unseres lyrischen Tenors, Herrn Jadlowker, in ihrem ganzen Umfange zu bewundern. Namentlich im Finale des dritten Aktes war seine Stimme von hinreißender Wirkung, die sich in dem reichgespendeten Beifall kundgab. Eine würdige Partnerin fand er in Frl. Schenker als Leonore. Ihr Spiel sowohl wie Gesang bot vorzügliches. Die Rolle des Grafen von Luna war durch Herrn van Gorkom vertreten, der namentlich in der Arie im Klosterhof sich reichen Beifall erwarb. Das gilt auch von Frl. Ethofer (Zigeunerin Azucena), deren Erzählung im zweiten Akt, was Spiel und Vortrag anbetrifft, ebenso wie das Duett mit Manrico, sich den schönsten Momenten der gestrigen Aufführung würdig anreiht. Nicht vergessen sei das Ballett unter Allegri-Banz, ebenso sei auch der Zigeunerchor lobend erwähnt. -ld.

*

* **Spielplan des großherzoglichen Hoftheaters.** Donnerstag, 22. Nov. **Dalibor**, Oper in 3 Akten von Josef Wenzig, für die deutsche Bühne bearbeitet von Max Kalbeck, Musik von F. Smetana. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

In Baden:

Mittwoch, 21. Nov. **Der Raub der Sabinerinnen**, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Humoristisches.

Zwei Briefe.

Mein lieber Sohn! In aller Eile teile ich dir mit, daß Vater und ich morgen 8 Uhr 12 Minuten auf der Reise nach C.... durch deine Garnison fahren, und da der Zug 5 Minuten Aufenthalt hat, kommst du doch sicher zum Bahnhof. — Ich freue mich unendlich, mein Einzigster, dich, wenn auch nur auf einige wenige Augenblicke wieder zu sehen. Denn hat es Vater und mich auch manche Entbehrung gekostet, dir deinen Wunsch, Offizier zu werden, zu erfüllen, so bin ich jetzt um so stolzer, daß dies Ziel nun erreicht ist, und die Uniform kleidet dich ja auch so herrlich!

Auf fröhliches Wiedersehen
Deine glückliche Mutter.

*

Liebe Mutter! Deinen mir so lieben Brief empfing ich rechtzeitig. Verzeiht mir, wenn ich nicht an der Bahn war, wie ihr gestern hier durchfuhrt. Aber ich wußte, daß ihr dritter Klasse fahren würdet, und da man nicht gern sieht, daß ein Offizier vor der dritten Klasse steht, zudem mein Major mit seinen Damen mit dem gleichen Zuge hier abreiste, habe ich, um Ungelegenheiten aus dem Wege zu gehen, leider darauf verzichten müssen, euch zu sehen. Mit herzlichen Grüßen

Euer dankbarer Sohn.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir geben doppelt!

In unserer

Haushalt-Abteilung

gewähren wir von Mittwoch den 21. cr. bis inkl. Samstag den 24. cr. trotz der hier angeführten **enorm billigen Preise**

doppelte Rabattmarken.

Beste Gelegenheit zu Komplettierungen u. Neueinrichtungen.

Für sparsame Hausfrauen wichtig!

Bürstenwaren

Staubbesen, grau, groß	98 ₰
Prima Roßhaarbesen	2.95
Handfeger, grau	
reine Borsten	45 ₰
Kleiderbürsten, poliert	75 ₰
Wichsbürsten, reine Borsten	65 ₰
Reisstrohbesen, mit Stiel	47 ₰

Lackierwaren

Handleuchter, modern abgetönt	42 ₰
Petroleumkannen, 3 Ltr., schwer mit Eisenreif	98 ₰
Kammkasten mit Spiegel	42 ₰
Teedosen mit Aufklappdeckel	20 ₰
Gebäckkasten, Schirmvasen, Brotkörbe in feinster Ausführung	

Lampen

Sternlampen mit Zylinder	19 ₰
Küchenlampen, 8" groß, mit Einsteckvase	58 ₰
Tischlampe, Alabaster, 10"	1.10
„ Gußfuß, 10", kompl.	1.85
„ „ 14", „	2.95
Hänge-Zuglampe, Majolika, großer Brenner	5.95

Winter-Artikel

Kohlenschaufel mit Dullgriff	9 ₰
„ mit Holzgriff	13 ₰
Kohlenfüller, extraschwer	1.10
Kohleneimer, rund	88 ₰
Kohlenkasten, bemalt, engl. Form	2.95
Leibwärmer, oval	1.25
Wärmflasche, 28 cm, verzinnt	1.65
„ email., mass. Schraube	2.65
„ echt Kupfer	4.55

Korbwaren

Marktkörbe, offen, weiß gekreuzt, groß	1.75
Marktkörbe, offen, bunt	98 ₰
Waschkorb, oval, weiß	98 ₰
„ 4eckig, extrastark	2.95
Eindeckelkörbe mit Henkel	1.65
Reisekörbe, dopp. Weiden, in allen Preislagen.	

Beleuchtungs-Artikel

Glühkörper	26, 17, 9 ₰
Glasbrenner mit Stift	46 ₰
Selbstanzünder	48 ₰
Gaszylinder mit Stempel	6 ₰
Lochzylinder, echt Jena	18 ₰
Ampeln mit Lampe	2.45

Gasampeln, Kronen bedeutend ermässigt.

Geschenk-Artikel

Kakes-Dosen, groß, mit vernickeltem Beschlag	58 ₰
Obstschale, mit Metallfuß	88 ₰
Obstständer, Pilz, m. 6 Messer	1.45
Weckeruhr, groß, vernickelt	2.25
Tortenplatte mit moderner Einlage	2.75
Tortenschaufel, versilbert, in Karton	1.85
Bürstentasche, verkupfert, mit Spiegel	98 ₰
6 Kaffelöffel, versilbert, in elegantem Etuis	5.45
Bauerntisch, nußbaum imit.	3.30, 2.55
Bilder, groß (Landschaften) modern gerahmt Paar	5.20

Emaille

Eimer, groß, grau oder blau	92 ₰
Salz- und Mehlmetzen mit Holzdeckel	98 ₰
Teigschüssel mit verzinntem Klappgriff	1.25, 1.05
Wasserbecher, oval	42 ₰
Waschbecken, rund mit Seifennapf	52 ₰
Toilette-Eimer m. Schlußdeckel	2.75
Löffelbleche, bunt dekoriert	1.98
Kaffeekannen	85, 68, 46 ₰
Nudelpfannen	40, 33, 26 ₰

Holzwaren.

Springerlesformen, pro Bild	5 ₰
Schneidebretter,	28, 14 ₰
Wallhölzer, polierter Griff,	48 ₰
Wichskasten,	38, 26 ₰
Bestecklasten, groß,	78 ₰
Waschbretter,	98, 68, 46 ₰

Echt Porzellan.

Handleuchter, bunt dekor.,	28 ₰
Tassen m. Untertassen, bunt,	25 ₰
Plattmenagen, bunt	24 ₰
Kuchenteller, dekoriert,	24 ₰
Echte chinesische Tassen,	88 ₰
Echte chinesische Teekannen,	1.25
Karlsbader Kaffeemaschine komplett,	1.85

Steingut.

Terrinen, ohne Deckel,	55, 42 ₰
Satzschüsseln, 6 Stück	68 ₰
Compotiéren, rund, extra groß	35 ₰
Sauciéren,	48 ₰
Mehlmetzen, blau bel.	42 ₰
Nachttöpfe, weiß,	40, 28 ₰

Holzgalanterie.

Garderobehalter,	65, 46, 28 ₰
Handtuchhalter,	58, 48, 35 ₰
Paneele,	1.25 M, 88, 58 ₰
Console,	35, 24 ₰
Kammkasten,	55, 38, 26 ₰
Hausapotheke,	3.25, 1.15 M 55 ₰

Fayence, dekor.

Waschgarnitur, 4 teilig	1.85
Waschgarnitur „Magdeburg" mit Blumen	2.65
Waschgarnitur „Ernst", mod. Dekor.	4.25
Waschgarnitur, crème mit Gold	4.95
Waschgarnitur „Aster", Dekor Distel	5.95
Waschgarnitur „Helene", hochap. Fondekor. m. Gold, extragr.	9.50

Diverses

Fleischhackmaschine verzinnt	2.85
Wiegemesser doppelt, Ia Messer	1.45
Kaffeemühle, aus Blech, gutes Werk	90 ₰
Kaffeemühle, Holzkasten mit Einsatz	1.40
Kuchenbleche, rund oder viereckig	55 ₰

Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

Nur so lange Vorrat!

Geschwist. Knopf.

Alte Brauerei Keck,
Kaiserstraße 13
Morgen Donnerstag
Großes
Schlacht-Fest.

Hierzu ladet ergebenst ein
Fr. Möhrlein.

Ehe

Sie 4120

Herren- und Knabenkleider

kaufen, gehen Sie zu

L. Gretz,
Marienstr. 27.

Gute Stoffe, feine Verarbeitung
Größte Auswahl, billigste Preise

Alles fast-, porto- und frachtfrei.
Neue ff. **Salzheringe**
Rogen u. Milch, Dauerware, ff. Geschmack, 1/1 Faß 12, 1/2 F. 6½ M extra sortiert 12½ M, 1/2 F. 6¼ M
450 Norweg. Salzfettheringe ff. Dauerware Größe M 12 M 1/2 F. 6½ M, Dj. 80 3 M, 70 Brath. 3 M, 80 Rollmops 3 M.
E. Napp Nachf., Swinemünde 158. 4076

Kleine Anzeigen.

1mal im Monat f. Abonn. gratis.

Friedrichstr. 10, 3. St. l., in Durlach kann ein Arbeiter Wohnung erhalten.

Gervinusstr. 2, 3. St., ist ein möbl. Zimmer auf die Straße gehend sowie eine Mansarde zu verm.

Gerwigstr. 31, Vdh. 4. St., ist ein gut möbl. Zimmer sofort oder später zu vermieten.

Morgenstr. 10, 4. St. ist ein möbl. Zimmer an einen oder mehr Arbeiter sof. z. verm.

Werderstraße 31, 3. St. ist ein schön möbliertes Zimmer sofort zu vermieten.

Wäsche zum waschen u. bügeln wird noch angenommen **Ludwig-Wilhelmstr. 21.**

Wäsche zum waschen u. bügeln wird angenommen, ebenso Wäsche zum bügeln. **Wielandtstr. 32,** 4. St.

Sportwagen für 3 Mk. zu verkaufen. **Augartenstr. 5,** Hth. 1. St.

Sportwagen gut erhalten, ist für 5 Mk. zu verkaufen. **Waldhornstr. 6,** Hth.

Fahrrad ist billig zu verkauf. **Marienstr. 88,** 4. r.

Ueberzieher fast noch neu, äußerst billig zu verkaufen. Zu erfr. zwischen 12 u. 1 Uhr mittags **Sofienstr. 40,** 3. St. l. Pforzheim.

Kanarienvögel, Hahnen, Hennen und Heckkäfige billig zu verkaufen. **Fasanenstr. 37,** 3. St.

Ehering ging verloren auf dem Werderplatz. Abzugeben gegen Belohn. **Luisenstr. 69a,** 3. l.

Kleidermacherin nimmt noch Kundschaft an **Werderplatz 33,** 2. St.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

13. Nov.: **Franz Paul Albert,** V. Franz Sutter, Magazinier. 14. Nov.: Karl Friedrich, Vater Jakob Gräber, Gärtner. 15. Nov.: Albert Adolf, V. Christian Dill, Lokomotivheizer. Johanna, V. Sylvester Weiler, Fabrikarbeiter. Max, V. Johann Knobloch, Schlosser. Frieda, V. Josef Stefel, städt. Arbeiter. 17. Nov.: Marie Johanna, V. Hans Bühler, Kunstmaler. Martha Pauline, V. Heinrich Hoch, Maurer. Klara Walburga, V. Karl Matz, Schlosser.

Eheaufgebote:

17. Nov.: **Georg Jost** von Ostheim, Taglöhner hier, mit Pauline Sauter von hier. Hermann Michael von Freiburg, Lackier hier, mit Sofie Greiner von hier. Karl Apfel von Wertheim, Taxezier hier, mit Anna Müller von hier.

Eheschließungen:

17. Nov.: **Josef Wehrle** von Hanau, Kutscher hier, mit Josefine Riebe von Straßburg. Heinrich Engerer von Groß-Gerau, Schreinermeister hier, mit Rosine Binninger von Gandelfingen. Hermann Stock von Sinsheim, Schriftsetzer hier, mit Wilhelmine Strohbeck von Althütte. Theodor Friedrich von Ettenheim, Bierbrauer hier, mit Luise Pfeffinger von Stein. Franz Ernst von Grünsfeld, Postbote hier, mit Sophie Faller von Nordrach. Karl Hüttscher von Durlach, Schlosser alda, mit Pauline Jüngling von Leembronn. Johann Ehrenmann von hier, Schriftsetzer hier, mit Maria Müller von Bützenthal. Anton Ruß von Ober-Schefflenz, Schneider hier, mit Emma Graf von Villingen.

Freiburg. Gewerkschaftskartell. Freiburg.

Freitag den 23. November, abends halb 9 Uhr beginnend, im oberen Storchensaal, 4668

Lichtbilder-Vortrag.

Indien in Wort u. Bild.

Ausgeführt von Herrn Schürrmann aus Stuttgart in 100 Lichtbildern mit entsprechender Erklärung.

Eintrittspreis 20 Pfg. pro Person.

Hierzu sind insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Am Samstag den 24. November findet im Saale der Restauration Möhrlein, Kaiserstraße 13, unter 4482 3

18. Stiftungsfest

verbunden mit Theater-Aufführung, Konzert, Gesang u. Tanz statt.

Eintritt 20 Pfg.

Karten sind zu haben bei den Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern.

Verein Volksbildung Karlsruhe.

Diejenigen, welche sich an den Unterrichtskursen des Vereins beteiligen, werden gebeten, sich **Mittwoch, 21. November,** abends 8½ Uhr, in der Lidellschule, Markgrafenstraße 28, bestimmt einfinden zu wollen. Das Erscheinen ist dringend erwünscht, um die Einteilung der einzelnen Kurse vorzunehmen. 4644

Gesellenausschuß-Mitglieder!

Donnerstag Abend halb 9 Uhr findet im „Prinz Heinrich", Kurvenstraße 19, eine Besprechung **sämtlicher Gesellenausschuß-Mitglieder statt.** Der Wichtigkeit wegen sollte **niemand** fehlen. 4641 2

Der Kartellvorsitzende.

Gesangverein Freundschaft Freiburg.

Am **Mittwoch den 21. November, abends 9 Uhr,** findet im Vereinslokal „Storchen" eine 4628

außerordentliche

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von der außerordentlichen Bundes-Generalversammlung.
2. Wahl des Bundes-Vorstandes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das vollzählige Erscheinen der passiven und aktiven Mitglieder dringend notwendig.

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.

E. H. Hamburg. ■ Zahlstelle Karlsruhe.

Am Donnerstag den 22. November 1906, abends 8 Uhr im „Philister", Bahnhofstraße

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenberichte.
2. Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder freundlichst ein 4632

Die Ortsverwaltung.

Zahnatelier Deininger

Karlsruhe, Werderpl. 34.

Schmerzloses Zahnziehen mit garantiert unschädlichem, neuem Mittel

Künstliche Zähne, der beste Zahn 3 Mark.

Plombieren billigst, nur bestes Material.

Minderbemittelte erhalten günstige Zahlungsbedingungen. 4316

Gänselebern

werden fortwährend angekauft.

Zähringerstrasse 38

A. Eisele. 4286

Gewerkschaftskartell Durlach.

Hierdurch werden die Partei- und Gewerkschaftsgenossen zum Besuch der 4637

Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus

auf morgen **Donnerstag und Freitag Abend von 8—9 Uhr** höflichst eingeladen. Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen.

Der Ausschuß des Soz. Vereins. Die Kartellkommission.

Bekanntmachung.

Die Erneuerungs- und Ergänzungswahlen der Beisitzer des Gewerbegerichts betr.

Nr. 25705. Die **Wählerlisten** für die Erneuerungs- und Ergänzungswahlen der Beisitzer des Gewerbegerichts liegen von **Mittwoch den 21. bis einschl. Mittwoch den 28. November ds. Js.,** an den **Wochentagen** vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr, am **Sonntag den 25. November d. J.,** vormittags von 9—12 Uhr im Rathaus, 2. Stock, Zimmer 66, zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einsprachen gegen den Inhalt der Listen sind **spätestens binnen 10 Tagen vom 21. November ab** schriftlich beim Stadtrat oder mündlich zu Protokoll auf dem genannten Geschäftszimmer vorzubringen.

Nur solche Einsprachen werden berücksichtigt, in denen behauptet wird, daß nicht wahlberechtigte Personen eingetragen oder angemeldete Wahlberechtigte nicht oder unrichtig eingetragen werden.

Karlsruhe den 15. November 1906.

Der Stadtrat: 4615
Siegrist. Neubed.

Reparaturen

an

Fahrrädern u. Nähmaschinen

werden prompt u. billigst ausgeführt bei

Hartung & Röger,
Marienstraße 58.

Neue u. gebrauchte Fahrräder, beste Marken, sowie sämtliche Ersatz- und Zubehörteile zu billigsten Preisen auf Lager. 2056 3

Grösste Auswahl in verzinkten und kupfernen

Bettflaschen

zu billigsten Preisen

N. Hebeisen
Haus- u. Küchengeräthemagazin
Werderplatz 36.
Rabattmarken.

Günstigste Nächste

Geld-Lotterie

zugunsten d. Strassbg. Reitervereins
Ziehung sicher 18. Dezember
2152 Gewinne ohne Abzug
42,000 M.
Hauptgewinne
10,000 Mk.
5,000 Mk.
40 Gewinne zusammen
10,000 Mk.
210 Gewinne zusammen
6,000 Mk.
1900 Gew.
11,000 Mk.

Lose 1 Mk. } 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 80 ₰ extra

empfiehlt das General-Debit
J. Stürmer, Strassburg i. E., Langstr. 107.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15. H. Meyle. B. Dahlemann, L. Michel, B. Fütge, Chr. Frank, A. Staufert, Fr. Haselwander, Chr. Wieder, O. Petzold. 4545

Mädchen,

welches auch kochen kann, kann sofort eintreten. Lohn nach Vereinbarung.
Wirtschaft z. „Ritter", Rastatt.

Wasche mit
LUHNS
wäscht am besten